



Innenausschuss

94. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Petra Tschanter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Reichsbürgerbewegung in Nordrhein-Westfalen (s. Anlagen 1 und 2) | 7 |
| | Bericht der Landesregierung | |
| | – Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet und beantwortet Fragen. | 7 |
|
 | | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) | 23 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500 | |
| | Vorlage 16/4225 (Erläuterungsband) | |
| | Einzelberatung im Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses:
Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales | |
| | – Der Ausschuss führt die Einzelberatung zum Einzelplan 03 durch. | 23 |

Innenausschuss

27.10.2016

94. Sitzung (öffentlich)

Ts

- 3 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 37**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363
- (Ausschussprotokoll 16/1458)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss schließt seine Beratungen ab und gibt kein Votum an den federführenden Ausschuss ab. 37
- 4 Lobbyismus transparent machen – Einführung eines Lobbyregisters in NRW 40**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11414
- (Ausschussprotokoll 16/1416)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss stellt die Beratung zurück.
- 5 Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV) 41**
- Vorlage 16/4239
Vorlage 16/4319
- Anhörung des Ausschusses –
 - Der Ausschuss führt die Anhörung zur Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung durch. 41

6 Mehr Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik – Bearbeitungsstau beenden, Verfahren beschleunigen, Einwanderung vom West-Balkan steuern **44**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9512

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/9512 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

7 Aus der Vergangenheit lernen: Nordrhein-Westfalen muss sich der politischen Verantwortung als Aufnahmeland stellen! **45**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9588 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/1264

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/9588 Neudruck mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ab.

8 Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren – Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes beim Bundesrat einbringen **46**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10076 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10158

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/10076 Neudruck, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/10158, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ab.

9 Informationsfreiheit darf nicht an der Universitätstür Halt machen! – Landesregierung muss endlich für Transparenz sorgen 47

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9589

Ausschussprotokoll 16/1265

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/9589 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ab.

10 Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen 48

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10060

Vorlage 16/3530

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/10060 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab.

11 Informationsfreiheit schützen – Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen (s. Anlage) 49

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Änderungsantrag – Tischvorlage – wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 16/11290 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

12 Digitale Gefahrenabwehr – Sicherheitslücken entdecken und schließen 50

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13033

– Der Ausschuss bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht. 50

13 Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Kommunen zu Geobasisdaten und dem OpenGovernment-Pakt (s. Anlage) 51

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4364

– Der Ausschuss berät den Bericht der Landesregierung. 51

14 NRW-Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze Fußballsaison 2015/16 53

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4365

– Der Ausschuss diskutiert den vorliegenden Bericht der Landesregierung. 53

15 Aktueller Sachstand der Beseitigungsarbeiten bezüglich Fallen und Sperren im Hambacher Forst (s. Anlage) 56

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4372

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

16 Anpassung der Arbeitszeitverordnung Polizei (AZVOPol) an die EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4371

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

17 Sachstand zu Konzepten und Erfolgen in der Bekämpfung von Geldautomatensprengungen in NRW (s. Anlage) 58

Bericht der Landesregierung

- Minister Ralf Jäger (MIK) und Vertreter der Landesregierung berichten und beantworten Fragen. 58

18 Verschiedenes 66

- In der Sitzung am 24. November 2016 wird eine Anhörung zur Novelle des Flüchtlingsgesetzes durchgeführt. 66
- (Die nächste Sitzung ist für den 3. November 2016 terminiert.) 66

3 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

(Ausschussprotokoll 16/1458)

abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Vorsitzender Daniel Sieveke führt ein, der Kommunalausschuss habe am 30. September 2016 unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt. Das Protokoll der Anhörung liege mit der Nummer 16/1458 vor. In dieser Sitzung sei die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss vorgesehen.

Christian Dahm (SPD) gibt bekannt, dass sich ein Änderungsantrag in Vorbereitung und Abstimmung auch mit der CDU befinde. Deshalb könne er zu dieser Sitzung nicht vorgelegt werden. Er empfehle, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Frank Herrmann (PIRATEN) vermutet, dass sich der Gesetzentwurf nicht grundsätzlich ändern werde. Seine Fraktion sei nach der Anhörung in seiner Vermutung bestätigt worden, dass es nicht um ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes gehe, sondern um ein Gesetz zur Stärkung der großen Fraktionen. Bei dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 2007 sei darum gegangen sei, die Fraktionsgrößen festzulegen, um der Eigenständigkeit der Vertreter Rechnung zu tragen. Dieses Gesetz habe ausdrücklich dem Ausbau von Rechten einer Fraktion dienen sollen.

Nach noch nicht einmal zehn Jahren solle das Rad nun zurückgedreht werden. Der vorliegende Gesetzentwurf habe gerade in Zeiten der Politikverdrossenheit eine schlechte Ausrichtung.

Zum Thema Aufwandspauschalen für Ausschussvorsitzende verweist er auf die Ausführungen des Landkreistages im Rahmen der Anhörung, nach denen ein Vorsitzender keinen Mehraufwand habe; es sei davon auszugehen, dass sich jedes Ausschussmitglied auf eine Sitzung vorbereite.

Um die notwendigen Beträge zu erwirtschaften, werden den Kommunen wohl nichts anderes übrig bleiben, als wieder an der Grundsteuer zu kurbeln. Aber das sei den Landtagsabgeordneten wahrscheinlich egal; es handele sich schließlich nicht um Landesgelder.

Außerdem zitiert er aus einer Eingabe der Stadt Herdecke an den Landtag, die fordere, auf Kosten der Gemeinden keine Aufwertung des kommunalen Ehrenamts vorzunehmen.

Er kündigt die Ablehnung des Gesetzentwurfs durch seine Fraktion an.

Der **Vorsitzende Daniel Sieveke** empfiehlt, mit den Vorsitzenden beispielsweise der Bau- und Umweltausschüsse der Kommunen zu sprechen und sich über derer zusätzliche Arbeitsbelastung zu informieren. Die Vorsitzenden würden zu sehr vielen Terminen mit der Verwaltung, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern eingeladen. Die von Abg. Herrmann getroffene Aussage lasse sich seiner Auffassung nicht aufrechterhalten.

Hans-Willi Körfges (SPD) gibt seiner Verwunderung über die Problematisierung dieses Themas im Innenausschuss Ausdruck und äußert, er wolle die Ausführungen des Abg. Herrmann nicht unwidersprochen stehen lassen. Es gehe nicht um große Parteien oder Fraktionen, sondern um Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die ehrenamtliche Arbeit für die Allgemeinheit machten, und um eine angemessene Vergütung des Aufwandes, nicht um Einkommen. Er könne sich nur den Worten des Vorsitzenden anschließen. Es möge sein, dass bei den PIRATEN wenige Ausschussvorsitzende aus Kommunalparlamenten vertreten seien. Er habe mit Vorsitzenden vieler Ausschüsse aus Kommunalparlamenten Kontakt gehabt.

Betrachte man die notwendigen Vorbereitungen zu einer Sitzung, könne er nur feststellen, dass der Aufwand höher sei als bei einem einfachen Ratsmitglied, ohne dessen Tätigkeit herabmindern zu wollen.

Darüber hinaus hätten sich die kommunalen Vertretungen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD auch vor dem Hintergrund, dass es immer schwieriger werde, Menschen für derartige Aufgaben zu gewinnen, intensiv an der Erarbeitung einer Lösung beteiligt. Die einzige Stellungnahme gegen das Vorhaben sei die einer Stadt einer kreisangehörigen Kommune. Bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs sei auch mit den kommunalen Spitzenverbänden intensiv zusammengearbeitet worden. Prinzipiell seien der Landkreistag wie der Städte- und Gemeindebund und der Städtetag der Meinung, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kommunalparlamentarierinnen und -parlamentarier ein wichtiges Anliegen sei. Im Interesse der vielen Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort ehrenamtlich Kommunalpolitik machten, verwahre er sich dagegen, dass hier ein falscher Zungenschlag in die Debatte komme.

Er könne dies auch deshalb mit voller Überzeugung sagen, da er neben seinem Landtagsmandat über kein kommunales Mandat mehr verfüge.

Gregor Golland (CDU) pflichtet seinem Vorredner bei. Tue man so, als säßen in Kommunalparlamenten Personen, die keine Belastungen zu tragen hätten, trage man eher zu Politikverdrossenheit bei. In allen Parteien werde es zunehmend schwieriger, geeignete Kandidaten zu finden, die bereit und in der Lage seien, diese Arbeit auszuüben. Es handele sich seiner Auffassung nach fast um einen Vollzeitjob, der nicht entsprechend vergütet werde.

Betrachte man den Arbeitsaufwand und die Vergütung, komme man sicherlich zu dem Ergebnis, dass der Stundenlohn unter dem Mindestlohn liege. Er halte nichts von der Aussage, dass Abgeordnete ihre Tätigkeit ausübten, um Geld zu verdienen. Er glaube, dass sicherlich alle Abgeordneten andere Möglichkeiten hätten, Geld zu verdienen. Er

halte es für dringend notwendig, in diesem Bereich eine Stärkung herbeizuführen, um den Aufwand angemessen zu entschädigen.

Frank Herrmann (PIRATEN) betont, er wolle die Tätigkeit der Mandatsträger im kommunalen Ehrenamt keinesfalls abwerten. Es gehe hier konkret um zusätzliche Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende. Dazu gebe es auch in den Kommunen sehr unterschiedliche Meinungen. In kleineren Kommunen würde gern darauf verzichtet werden. Im Raum stehe der Vorschlag, dass eine Kommune selbst entscheiden könne, ob sie die zusätzlichen Aufwandsentschädigungen einführe. Dieser Vorschlag werde voraussichtlich nicht aufgegriffen werden, sondern es werde eine pauschale Lösung für alle Kommunen geben. Dagegen richte sich seine Kritik.

Lothar Hegemann (CDU) gibt zu bedenken, die Kritik werde weitergegeben, indem sie aufgenommen werde. Sicherlich gebe es unterschiedliche Aufwände bei Ausschussvorsitzenden. Bei den sogenannten Jumbo-Ausschüssen sei allerdings eine auch zeitintensive Vorbereitung notwendig.

Vorsitzender Daniel Sieveke schließt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, dass der Ausschuss kein Votum an den federführenden Ausschuss abgibt.

